

Saale-Beitung.

Lebenundberichter Jahrgang.

Zeigen

werden die 6 getragene Kolonienliste oder deren Raum mit 20 Pf., welche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Seite 75 W. für Halle auswärts 1 Mt.

Ercheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geldstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Webungsgeldstelle: Markt 24.

Bezugspreis

Im Halle vierteljährlich bei postmässiger Zustellung 2,50 Mt., durch die Post 3,25 Mt., auswärts Zustellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im ausländischen Postbezirk unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unermittelte eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg.“ gestattet.

Verleger der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnement-Abteilung Nr. 1133

Nr. 353.

Halle, Donnerstag, den 31. Juli

1913.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Die schwarze Wolke über Südafrika.

Generalstreik in der ganzen Union?

Schwere Tage scheinen für die junge südafrikanische Union hereinbrechen zu wollen. Man erinnert sich der blutigen ersten Tage des Juli, da Duzende von Toten und Schwerverwundeten für brutale Streikausführungen der weißen Minenarbeiter an Johannesburgs Rand, dem größten Goldbittort der Welt, zu büßen hatten. In Anbetracht des Ernstes der Lage nahm die Unionregierung selbst die Vermittlung zwischen den Grubenbesitzern und den Arbeitern in die Hand. Boten und mehrere Minister kamen eigens von Kapstadt nach Transvaal gereist. Und nun sehen wir alles auf den Kopf gestellt. Die streikenden Parteien kamen sich immer näher und die Aufregung legte sich mehr und mehr. Die Arbeiter hatten folgende Forderungen aufgestellt: Die Arbeit unter der Erde muß neu geregelt werden, um die große Sterblichkeit an der „Miners' phthisis“, der bleibungsartigen Berufskrankheit, zu verringern. Der Achtstundentag soll eingeführt werden. Die Lohnauszahlung ist anders zu regeln. Es sollen endlich Garantien gegeben werden für eine stetigere Verwendung der einmal angeworbenen Arbeitkräfte. Da plötzlich, mitten im Lauf der Verhandlungen, wurde der Gewerkschaftsverband ungebühdig. Er kam mit einer Art Ultimatum heraus und erklärte, bei nicht sofortiger sofortiger Annahme seiner Bedingungen den Generalstreik für ganz Südafrika. Das hätte die Rahmlegung des ganzen staatlichen Betriebs zu bedeuten. Von Kapstadt bis zum Zambesi würde der Eisenbahnbetrieb stocken, in den Häfen könnten die Schiffe nicht mehr entladen werden, die Fabriken, Industrien und Gruben im ganzen gewaltigen Lande müßten feiern. Da der größte Teil der im Innern liegenden Städte und Siedelungen in bezug auf die Zufuhr einzig und allein auf die Bahnlinien angewiesen ist, bedeutete das weiter Hungersnot, lokale Revolten, Hilfslosigkeit und Verzweiflung unter der weißen Bevölkerung da und dort. Aber selbst diese Möglichkeit, so unheilvoller sie auch sein mag, würde bei einem Arbeitstopp in Südafrika nicht die schwerste Folgerung bedeuten. Diese läge in der Gefahr eines Aufstandes der eingeborenen schwarzen Bevölkerung. In dem unter Englands Zepher lebenden südafrikanischen Bundesstaat wohnen (1911) neben 1 276 282 Weißen 4 019 006 Schwarze und 678 146 Angehörige anderer farbiger Rassen, Hindus usw. Zieht man aber auch die noch unter direkter englischer Verwaltung und außerhalb der „Union of South Africa“ stehenden Gebiete in Betracht, wie Rhodesia, Swaziland und das Betschuanaland-Protektorat, so erhöht man Ziffern, die ein gegenseitiges Verhältnis von 6:1 zwischen Schwarz und Weiß ergeben. Und diese Verhältniszahl verschlechtert sich für Weiß mit jedem Jahr. Vor kurzem standen die beiden Bevölkerungselemente noch wie 5:1. Es kommt ein weiteres dazu: Der Neger beginnt sich zu emanzipieren. Er besucht immer mehr die Schulen und rückt langsam aber sicher in immer wichtigere Stellungen des Erwerbs- und des öffentlichen Lebens ein. Eine ganze Reihe Positionen, die früher Reserve der Weißen gewesen sind, zählen schon heute Schwarze in nicht unbedeutlicher Zahl. In den Bergwerken allerdings sind nach wie vor die Vorarbeiter und alle Stellen, bei denen es auf Intelligenz, Willenskraft und selbständiges Handeln ankommt, der weißen Arbeit vorbehalten. Diese ungeheure Masse der schwarzen Minenarbeiter gerät nun, das kann nicht mehr geleugnet werden, infolge der Streiks der weißen Vorarbeiter in eine immer größere Fährung. Und hier ist der Punkt, an dem die schwarze Katastrophe einsehen kann. Diese eingeborenen Arbeiter werden durch einen mehrjährigen Kontrakt für die Gruben angeworben und müssen während der ganzen Zeit ihrer Arbeitsabmachung in eigenen, drahtumzäunten und von der Außenwelt abgeschlossenen Reservatoren leben, in die sie nach der Arbeit hineingetrieben werden. Als zu Beginn des Juli der Zustand der weißen Streiker auf dem Höhepunkt war, versuchte die Schwarzen auszubringen. Militär trieb sie zurück. Dann war es auch unter ihnen ruhig geworden. Nun aber meldet eben der Draht, daß man unter ihnen aufreißerische Proklamationen gefunden hat, die keinen Zweifel daran lassen, daß sie freudig auf den Augenblick warten, wo sich die weißen Brüder gegenseitig in den Haaren fangen werden.

Die Regierung ist sich der ganzen Schwere des Augenblicks bewußt, der sie vor die doppelte Gefahr des weißen Aufstandes und der schwarzen Revolte stellt. Sie hat in ganz Südafrika die gesamte Reserve des Militärs zu den Fahnen

gerufen. Die englischen Truppen in Südafrika sind an Zahl sehr gering, etwa 11 500 Mann. Die „Reserve“, also die Bürgermiliz, ist gegenwärtig in einer Umformung begriffen. Es ist nicht bekannt, wie weit diese gehen ist. Aber selbst nach vollendeter Neuorganisation sind es nicht mehr als 20 bis 25 000 Mann. Das ist fast nichts für ein so ungeheures Gebiet. Bei Unruhen größeren Umfangs, die auf verschiedenen Plätzen ausbrechen würden, wäre die Regierung also vollständig auf den Nachhaken aus dem Mutterlande angewiesen. Bevor dieser aber praktisch an Ort und Stelle sein kann, vergehen, wie der Burenkrieg zur Genüge gezeigt hat, kostbare Wochen. Wenn nicht im letzten Augenblick noch die Weißen sich auf sich selbst besinnen, steht so die Zukunft der ganzen Rasse in Südafrika auf dem Spiel. Die schwarze Revolte am Rand wäre der Beginn. Wer kann sagen, wie bald die ungeheure schwarze Welle über den vereinigten Außenposten weißer Welt im Innern zusammenschlagen wird? Hoffentlich steigt noch in letzter Stunde der kühle Verstand. Es ist die Sache der ganzen weißen Rasse, um die es dort im fernen Süden geht!

Die Eröffnung der Friedens-Konferenz.

Die Delegierten der fünf Balkanmächte sind in Bukarest eingetroffen und haben bereits mit den dortigen höchsten und leitenden Persönlichkeiten wie untereinander Fühlung genommen, und so die beginnenden Beratungen wohl vorbereitet.

Ein Telegramm aus Bukarest meldet dazu: Bukarest, 30. Juli. Bei dem Ministerräsidenten Bajtschich fand gestern eine Besprechung statt, in welcher beschlossen wurde, die Bedingungen Griechenlands, Serbiens und Montenegros en bloc vorzulegen, um zu verhindern, daß Bulgarien einen Friedensschluß mit einzelnen versucht. Andererseits nehmen aber die friegerischen Ereignisse ihren Fortgang.

Der türkische Thronfolger und Prinz Sia Eddin sind in Adrianopel eingetroffen. Sie wurden von dem Wali, den Zivil- und Militärbehörden, den geistlichen Oberhäuptern und den Notabeln empfangen. Die Truppen erwiesen die Ehrenbesiegungen; die Bevölkerung bereite den Prinzen einen begeistertsten Empfang. Am Nachmittag fand unter Vorhieb der Nacht eine Versammlung statt, die dem Wunsch der Bevölkerung Ausdruck verlieh, daß Adrianopel der Türkei verbleibe. Der Thronfolger telegraphierte an den Sultan: „Es ist unmöglich, die Freude der Osmanen Adrianopel zu beschreiben, daß sie die heilige Stadt gerettet und dem Feinde wieder abgenommen haben.“ In Bulgarien hegt man neuerdings Siegeshoffnungen.

Sofia, 30. Juli. Die Lage der griechischen Armee dürfte sich in den aller nächsten Tagen zum Vorteil der Bulgaren ändern. Berichtswelt meldet, daß die Verstärkungen, die zu General Zvonow gehören, in der Lage waren, den Griechen bereits empfindliche Schlägen beizubringen, jedenfalls seien entscheidende Kämpfe gegen die Griechen im Gange, deren Ergebnis spätestens übermorgen bekannt werden würde. Die serbische Armee, die enorme Verluste erlitten haben soll, ohne wichtige Erfolge erreicht zu haben, soll durch die Choleraepidemie jetzt derartig geschwächt sein, daß von ihr nichts Ernstes mehr zu befürchten sei. Als die Bulgaren bei Kotscha an vor einigen Tagen die vereinigten Serben und Montenegroer zurückwarfen, erbeuteten sie das Archiv des montenegroischen Nationalregiments. In diesem Archiv sollen sich Dokumente befinden haben, aus denen herzugehe, daß bereits am 23. Juni Befehl zum Anmarsch gegen bulgarische Truppen gegeben worden war. Dies wird als neuer Beweis dafür angesehen, daß nicht Bulgarien, sondern seine Gegner den Krieg provoziert haben. Die Kammer beschloß, rückwärtig bis zum Beginn des Krieges mit Serbien und Griechenland, den Chargen siebzehn und den obigen Chargen des Soldatenstandes hundertfünfzig Etotinki Tagelohn auszusetzen.

Deutsches Reich.

König Haakon bei Kaiser Wilhelm II.

Balsstrand, 30. Juli. Am 8 Uhr morgens wurde zwischen den norwegischen und den deutschen Kriegsschiffen ein Salut ausgetauscht. Um 10 Uhr machte König Haakon, der deutsche Admiralführer mit dem Kaiser auf der „Hohenzollern“ einen Besuch, den der Kaiser in norwegischer Admiralsuniform unmittelbar darauf an Bord des Konnerschiffes „Nora“ erwiderte. Das Wetter ist prächtig, im Fjord herrscht großes Leben.

Die Ausgabe der neuen Reichskassenscheine.

Zur Beschaffung eines außerordentlichen Goldbestandes von 120 Millionen Mark werden bekanntlich nach dem Gesetz über Aenderungen im Finanzwesen neue Reichskassenscheine im Werte von 120 Millionen Mark ausgegeben. Vor der Sommerpause hat der Bundesrat noch über den Nennbetrag dieser neuen Scheine einen Beschluß gefaßt. Schon Ende 1912 ist über die damals im Umlauf befindlichen Reichskassenscheine im Bundesrat ein Beschluß ergangen, nach dem mit Rücksicht auf die starke Nachfrage nach Scheinen zu

10 Mark der Umlauf in diesen Scheinen 100 Millionen Mark und in Scheinen zu 5 Mark 20 Millionen Mark betragen soll. An dem gleichen Verhältnis ist auch für die neuen Reichskassenscheine zur Bildung der Goldreserve festgehalten. Es werden mithin, wenn die neuen Scheine vollkommen zur Ausgabe gelangt sind, für 200 Millionen Mark Scheine zu 10 Mark und für 40 Millionen Mark Scheine zu 5 Mark im Umlauf sein. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist für die Ausgabe der Scheine als sehr günstig anzusehen, weil einmal die Nachfrage nach Reichskassenscheinen, besonders nach solchen im Werte von 10 Mark, auch weiter getrieben ist, und weil außerdem der Goldbestand der Reichsbank gegenwärtig ein sehr guter ist. Im Beginn dieses Quartals verfügte die Reichsbank über einen Goldbestand von mehr als einer Milliarde Mark. Aus diesen Gründen wird mit der Bildung des neuen Reichskassenscheins schon jetzt begonnen werden. Für die neuen Scheine gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1874 in bezug auf die Annahme zu Zahlungen bei allen Stellen des Reiches und der Bundesstaaten, ferner in bezug auf die Einführung bei der Reichshauptkasse und die Erhaltung bei Reichsbank oder unbrauchbar gemordener Stücke. Ein Annahmeweg im Privatverkehr besteht für die Kassenscheine nicht, da sie kein gesetzliches Zahlungsmittel sind. Die Kosten der Herstellung der neuen Reichskassenscheine betragen 1 1/2 Millionen Mark. Der außerordentliche Goldbestand wird aus Zwangsmitteln gebildet; er wird in besonderen Tresoren bei der Reichsbank aufbewahrt.

Der Streit in den Arbeiterverbänden.

Hamburg, 30. Juli. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte hier zu heute nacht eine streng vertrauliche Mitgliederversammlung einberufen. Es waren etwa 5 000 Personen erschienen. Die Versammlung verlief zum Teil sehr stürmisch, indem die Haltung der Verbandsleiter scharf kritisiert wurde. Es wurde auch angeregt, statutarische Bestimmungen zu treffen, durch die das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaftsführer beachtet wird. Schließlich wurde bestimmt, nur solche Mitglieder als Delegierte für die Berliner Generalversammlung des Verbandes zu wählen, die den Streik billigen.

Richter, die sich entlohnen lassen?

Das liberale „Neue Münchener Tagblatt“ stellt an den bayerischen Justizminister v. Thelemann folgende Anfrage, die recht merkwürdige Schüsse auf die Verhältnisse unter den aktiven Richtern andrängt: „Ist es zulässig, daß ein aktiver Richter, der sich nach Auseinandersetzung einer Erbschaft befindet, sich vor den Erben eine Entlohnung von fünf Prozent verfahren läßt? Ist es erlaubt, daß der betreffende aktive Richter die Herausgabe der Erbschaft verweigert und noch eine höhere Entlohnung verlangt?“

Dr. Liebknecht als eifrigster Verfechter des Massenstreiks.

Der eifrigste Verfechter des Massenstreiks innerhalb der Sozialdemokratie ist untrüglich der Hg. Dr. Liebknecht. Er legte, daß die Vorbereitung eines Massenausstandes schon auf einem außerordentlichen preussischen Parteitag im kommenden Herbst in die Wege geleitet wird. Herr Liebknecht unterscheidet sich von Dr. Leinisch und Kollatz um zugebühret, daß er den Ausbruch des Massenstreiks nicht in nebelhafter Ferne sieht, sondern sobald wie möglich loszuschlagen möchte. Auf die Frage, ob die Voraussetzungen für eine baldige Anwendung dieses politischen Kampfmittels gegeben sind, schreibt er im „Vorwärts“: „Gewiß noch nicht in dieser Stunde. Aber es werden, wenn nicht alle Zeichen trügen, bald vorhanden sein. Möglich, daß eine Krise bevorsteht, möglich, daß sie zur vorläufigen Jurisdiktion nötigt, möglich, daß sie gerade in Verbindung mit den Fokuspunkten den Ausbruch eines Massenausstandes erleichtert wird. Jedenfalls wird der kommende Winter Ereignisse zeitigen, an die sich ganz von selbst eine neue Wahlrechtsbewegung knüpfen wird. Daß es zum Kampfe kommt, ist gewiß. Entweder verhöht die preussische Regierung das entretende Volk, indem sie überhaupt keine Wahlreform einbringt; das bedeutet Kampf! Oder sie fordert es durch eine neue Ausgubert des Dalwischen Polizeihins heraus; das bedeutet nicht minder Kampf bis aufs Messer. Ist dann die Stimmung im Proletariat bis zu demjenigen Siedepunkt erhitzt, der die Voraussetzungen für den Massenstreik bildet, und ist dann der Massenausstandswille so leidenschaftlich entschlossen und fest gemurzelt, wie ein Kampf aufs äußerste erbeizt, dann wird nicht mehr auszuhalten sein, was noch kommen muß — trotz alledem.“

Die Sozialdemokratie hat den Heißsporn Dr. Liebknecht schon mehr als einmal desavouiert. Die Arbeiterinteressen verlangen, daß dies auch jetzt geschieht. Die Massen werden es am eigenen Leibe recht empfindlich spüren, wenn sie sich in das Abenteuer eines Generalstreiks stürzen. Außerdem hätten die wirtschaftlichen Folgen eines Generalstreiks schließlich doch nur die Kräfte von Industrie und Gewerbe zu tra-

